E&M 1. Juni 2006 **Gasmarkt 7**

"Die Gaswirtschaft spielt knallhart auf Zeit"

Über die Schwierigkeiten der Gaswirtschaft mit mehr Wettbewerb und ihre bisher wenig wirksamen Bemühungen um Transparenz bei der Preisgestaltung sprachen wir mit Prof. Dr. Uwe Leprich, Energieexperte an der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes und am Institut für Zukunftsenergiesysteme (IZES) in Saarbrücken.

E&M: Herr Professor Leprich, fühlen Sie sich als Verbraucher durch die bisherige Offenlegung der Gaspreise ausreichend informiert?

Leprich: Absolut nicht, die bisherige Offenlegung ist vielleicht ein erster ganz kleiner Schritt in Richtung Transparenz, aber bei weitem nicht ausreichend.

E&M: Welche Informationen fehlen? **Leprich:** Bisher sind ja alle veröffentlichten Daten stark zusammengefasst. Ich wünsche mir, dass diese aggregierten Daten weiter aufgeschlüsselt werden. Bei den Gasbezugspreisen ist überhaupt keine Transparenz vorhanden, die Schlüsselung der Gemeinkosten ist nicht nachvollziehbar.

E&M: Müsste man nicht bei den Bezugspreisen auch von den Importeuren die Offenlegung verlangen, um wirklich Transparenz zu erreichen?

Leprich: Natürlich, weil auf dieser Stufe auch das meiste Geld verdient wird. Aber es ist schwierig, da vollständige Transparenz zu erreichen, weil es sich größtenteils um privatrechtliche Verträge zwischen Importeuren und Drittländern handelt.

E&M: Sie haben auch eine gleichmäßige Weitergabe der Bezugskonditionen an Privatkunden angemahnt. Werden die bislang benachteiligt?

Leprich: Ich habe zwar keinen Einblick in Gasimportverträge – die werden wie ein Staatsgeheimnis gehütet. Aber nach dem, was mir so zugetragen wird, ist es durchaus Usus, besonders günstige Verträge an industrielle Sondervertragskunden wei-

"Das Anlegbarkeitsprinzip muss mausetot sein"

terzuleiten und die ungünstigeren Konditionen an die Haushalte abzuwälzen. Dafür, dass keine Durchmischung zwischen günstigen und weniger günstigen Gasbezugsverträgen stattfindet, gibt es keine Rechtfertigung.

E&M: Regionale Preisunterschiede werden zum Beispiel damit begründet, dass in Norddeutschland das Gas billiger ist, weil es zum größten Teil dort gewonnen oder angeliefert wird, und nach Süden hin wegen des Transports teurer wird. Was ist von solchen Argumentationen zu halten?

Leprich: Nichts, da sie bedeuten, dass man gedanklich immer noch das transaktionsabhängige Netzzugangsmodell im Kopf hat. Davon muss man sich lösen. Für die Netznutzung wird es im wesentlichen ein einheitliches Entgelt geben und dann haben diese großen regionalen Disparitäten ganz bestimmt keine Berechtigung mehr.

E&M: Ist die Ölpreisbindung im

Gasgeschäft wirklich so des Teufels, wie vielfach behauptet?

Leprich: Ich denke, dass die Ölpreisbindung gegenüber den Lieferländern durchaus eine gewisse Berechtigung hat, um die Importeure gegen Preisschwankungen abzusichern. Ob das auf Dauer so bleiben muss, ob nicht vielleicht eine Kohleoder eine Lohnpreisbindung möglich wäre, muss man ausloten. Den größten Angriffspunkt sehe ich beim Anlegbarkeitsprinzip, das bedeutet, dass der Endkundenpreis die prozentuale Entwicklung des Gasbezugspreises immer mitmacht. Dadurch hat sich die Schere zwischen Gasbezugskosten und Endkundenpreisen immer weiter geöffnet - und das ist ein Skandal. Dieses Anlegbarkeitsprinzip für Gas im Endkundenbereich muss mausetot sein, dafür gibt es überhaupt keine Berechtigung mehr.

E&M: Wäre es angesichts dieser vielschichtigen Probleme nicht sinnvoll, die Gaspreise zu regulieren, um Energie auch bezahlbar zu halten?

Leprich: Nein, die Endkundenpreise bedürfen keiner Regulierung, aber der große Block der Gasnetzentgelte, die immerhin bis zu 40 Prozent des



Uwe Leprich: "Ich gehe überhaupt nicht davon aus, dass man dieses Jahr noch die Gasnetz-Nutzungsentgelte festlegen wird"

Endpreises ausmachen, muss einer sehr harten Regulierung unterzogen werden. Wenn wir dann auch noch beim Bezug und beim Vertrieb so schnell und so weitgehend wie möglich Wettbewerb ermöglichen, ist genug Verbraucherschutz gewährleistet.

E&M: Sehen Sie bei den Netzentgelten die Bundesnetzagentur auf dem richtigen Weg?

Leprich: Ich halte sie in diesem Bereich noch für zu schwach und hätte mir in Sachen Netzzugangsmodell ein energischeres Auftreten gewünscht.

E&M: Hat sich deren Chef Kurth beim Netzzugang bislang mit zu wenig zufriedengegeben?

Leprich: Einer der Hauptstreitpunkte ist ja die Anzahl der Regelzonen, denn je weniger es davon in Deutschland gibt, desto geringer ist der Transaktionsaufwand. Und da spielt die Gaswirtschaft, nachdem sich schon ein Kompromiss angedeutet hatte, wieder knallhart auf

E&M: Sind zwanzig Regelzonen zu *v*iel?

Leprich: Ja, ich würde mir sehr eine Zahl im einstelligen Bereich wünschen und halte das auch für machbar.

E&M: Ist denn der ehrgeizige Zeitplan der Regulierungsbehörde für die Genehmigung der Netzentgelte und die Einführung des Zugangsmodells noch zu schaffen?

Leprich: Ich glaube kaum, denn die Gasunternehmen fahren ja seit langem eine Strategie maximaler Verzögerung. Ich gehe überhaupt nicht davon aus, dass man dieses Jahr noch die Gasnetz-Nutzungsentgelte festlegen wird, und ich gehe im Moment auch nicht davon aus, dass man es schaffen wird, zum 1. Oktober ein Gasnetz-Zugangsmodell zu

"Wir bräuchten eine nationale Effizienz-Agentur"

installieren. Außerdem habe ich das Gefühl, dass die Bundesnetzagentur sehr stark angespannt ist mit der Stromnetzentgeltregulierung, und ich könnte mir vorstellen, dass sie auch nicht die Kraft und nicht die Mittel hat, sich dieses Jahr schon genauso intensiv mit dem Gasbereich zu beschäftigen.

E&M: Und wenn es auch im nächsten Jahr nicht klappt?

Leprich: Es muss zu schaffen sein, sonst haben Regierung und Bundesnetzagentur ein großes Problem. Brüssel wird es sich nicht bieten lassen, dass wir Ende 2007 noch kein

funktionierendes Netzzugangsmodell haben und keine Schritte in Richtung Wettbewerb zu erkennen sind.

E&M: Sonst kommt das eigentumsrechtliche Unbundling?

Leprich: Das halte ich für ziemlich wahrscheinlich. In Brüssel wird ohnehin schon intensiv darüber diskutiert und der Druck wird zunehmen. Zum einen, weil Brüssel sicherstellen muss, dass die Teilmärkte besser funktionieren als bis jetzt. Ich kann mir auch vorstellen, dass sich von Seiten der Finanzmärkte Druck aufbauen wird, die Cashflows aus dem Netzbereich ganz klar vom übrigen

E&M: Zurück zum noch nicht ausreichenden Wettbewerb. Warum funktioniert die zum 1. April angebotene Beistellung nicht?

Geschäft zu trennen.

Leprich: Das liegt vor allen Dingen daran, dass es in Deutschland noch keinen Akteur gibt, der sich schon strategisch für einen kommenden Gaswettbewerb positioniert. Denn der Nachteil bei der Beistellung ist, dass man eigentlich nichts verdienen kann, weil man als neuer Akteur Gas nur zu dem Preis bekommt, den der Ortsgasversorger auch dem Endkunden in Rechnung stellt. Ein Dritter macht das nur, wenn er sich strategisch positionieren will – und eine Yello-Gas ist zurzeit überhaupt nicht zu erkennen.

E&M: Ist daran wirklich die etablierte Gaswirtschaft schuld?

Leprich: Die Gaswirtschaft hat kein Interesse, Dritt-Akteure auf diesen sehr lukrativen Markt zu lassen. Durch die Verzögerungstaktik der letzten zehn Jahre hat sie es geschafft, selbst marktkräftige Akteure zu entmutigen. Das ist natürlich ein Alarmzeichen, weil es ja bedeuten könnte, dass sich, selbst wenn wir ein sehr gutes Netzzugangsmodell bekommen, der Wettbewerb nur schwer entfalten wird, weil keine zusätzlichen Anbieter auf den deutschen Gasmarkt drängen.

E&M: Die Gaswirtschaft behauptet, Gas sei etwas anderes als Strom und der Wettbewerb kümmere deshalb, weil Gas zum Beispiel nicht kontinuierlich über das ganze Jahr,

sondern mit starken Spitzen im Winter bezogen wird...

Leprich: Von solchen Argumenten halte ich überhaupt nichts. Das sind ganz klar Marktabwehrstrategien, da werden Hürden aufgebaut, wo keine sind. Wenn es ein funktionierendes Netzzugangsmodell gäbe und wenn von Seiten der Politik und der Branche der Wille da wäre, sich auf Wettbewerb einzulassen, gäbe es genug Dritte, die hier anbieten würden und das Geschäft auch verstehen.

E&M: Welche Möglichkeiten bietet denn das Energiesparen, wenn vom Wettbewerb nur wenig Entspannung auf der Energiekostenseite zu erwarten ist?

Leprich: Energieeffizienz ist ja seit 30 Jahren auf jeder Konferenz für Beifall gut. Energieeffizienz zu Ende gedacht, bedeutet aber vor allen Dingen

Konflikt. Bisher habe ich keine Signale von der Politik empfangen, dass sie diese Konflikte eingehen würde.

E&M: Aber die neue Bundesregierung hat sich das Thema deutlich auf die Fahnen geschrieben?

Leprich: Ich würde mir wünschen, dass Umweltminister Gabriel da wirklich Nägel mit Köpfen macht. Ihm traue ich das als einzigem in der Regierung zu und ich hoffe, dass er stark genug ist. Ich sehe das schon als Chance, die genutzt werden könnte.

E&M: Und welche Institution soll ihm dabei helfen?

Leprich: Wir bräuchten dringend eine glaubwürdige nationale Effizienz-Agentur, die unabhängig von der Regierung und natürlich von der Energiewirtschaft agieren kann.

Peter Focht

Ja bitte – nein danke

Der Druck auf die Bundesnetzagentur und die Gaswirtschaft, möglichst bald zu einer von allen Seiten akzeptierten Regelung des Zugangs zu den Gasnetzen zu kommen, hat in den letzten Wochen erheblich zugenommen.

Tatürlich habe ich auch die Sorge, dass wir nicht alles zeitgerecht schaffen", sagte Matthias Kurth, Präsident der Bundesnetzagentur, bei der Euroforum-Jahrestagung Stadtwerke in Berlin Anfang Mai. Auch wenn das Ziel bleibe, bis spätestens 1. Oktober zu einem funktionierenden Zugang zum Gasnetz zu kommen, sei er durchaus dafür, "uns intern für ein Scheitern aufzustellen". Einiges werde sicherlich streitig bleiben, so Kurth weiter. Deshalb will der Chef der Bundesnetzagentur nicht nur weiter alle Verhandlungsmöglichkeiten offenhalten, sondern stellt sich durchaus auch darauf ein. dass die eine oder andere Frage letztendlich erst vor Gericht geklärt wird. "Ich kann gut damit leben, wenn mir einmal ein Gericht nicht recht gibt", so der Präsident.

"Ich hoffe, dass Herr Kurth nicht zu viel Kooperationsbereitschaft von der Gasindustrie erwartet", kommentierte Kartellamtschef Ulf Böge den auf Verständigung bauenden Kurs der Bundesnetzagentur. Böge fand in Berlin deutlichere Worte als Kurth für das Vorgehen der Energieversorger: "Praktisch wehrt sich der Großteil der Branche mit allen Mitteln gegen den Wettbewerb", so sein Vorwurf, das sei auch bei den Stadtwerken nicht anders. Wettbewerb, ja bitte, werde formal argumentiert, in Wirklichkeit laute die Devise jedoch Wettbewerb, nein danke.

Klare Positionen beim Thema Netzzugang forderten einige Stadtwerke: Sie appellierten dringend an die Bundesnetzagentur, Verteilnetzbetreiber nicht dazu zu verpflichten, für den künftigen Gasnetzzugang neben dem obligatorischen Zweivertragsmodell auch das vom BGW lancierte Optionsmodell anzuwenden. "Meine klare Empfehlung lautet, keine City- und Regiogate-Verträge mehr zuzulassen", sagte in Berlin Dr. Götz Brühl, Geschäftsführer der Stadtwerke Rosenheim. Er sieht diese vom BGW und den verbandsdominierenden großen

Gasversorgern geforderte Netzzugangsoption sogar als Gefahr. Sie mache es Stadtwerken unmöglich, eingekauftes und am Citygate angeliefertes Gas anderswo wieder zu verkaufen, wenn sie es nicht benötigten. Außerdem sei es für kommunale Unternehmen zu aufwendig, künftig Gastransporte nach zwei verschiedenen Varianten abzuwickeln.

Den zu großen Aufwand durch das Handling von zwei Netzzugangsvarianten kritisierte auch Dr. Gerhard Weissmüller, Vorstand der Technischen Werke Ludwigshafen. Auch er hält dies für eine "nicht lösbare Aufgabe". "Der eigentliche Nutznießer eines City-Gate-Vertrages ist nicht das Stadtwerk, sondern der Regionalversorger", stellte Brühl klar. Der in dieser Frage vielfach beschworene Branchenkonsens sei eher ein "Branchendiktat". "Ich frage mich, ob der VKU nicht die Verpflichtung hat, sich eine eigene Meinung zu leisten", ergänzte der Rosenheimer Stadtwerkechef.

Webfehler im Aufbau der Bundesnetzagentur?

"Die Bundesnetzagentur muss ganz klar Stellung beziehen", verlangte auch Rainer Kübler, Geschäftsführer der Stadtwerke Bietigheim-Bissingen, und meinte damit die Einführung des Zwei-Vertragsmodells, das in wesentlichen Zügen vom europäischen Verband der Verteilnetzbetreiber Geode entwickelt wurde.

"Die Frage, ob es auch eine Verpflichtung der Netzbetreiber gibt, beide Modelle umzusetzen, wird noch geprüft", antwortete mit aller gebotenen Vorsicht Dr. Stefanie Neveling, Refe-

Fortsetzung Seite 8 ▶

